Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse
Band: 1 (1921)
Heft: 2

Buchbesprechung: Rezensionen = Comptes-rendus
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rezensionen. — Comptes-rendus.

ULRICH STUTZ. Die Schweiz in der deutschen Rechtsgeschichte. Sonderabdruck aus den Sitzungsberichten der preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin, Reichsdruckerei, 1920. 23 Seiten.

Ulrich Stutz hat in der öffentlichen Sitzung der preußischen Akademie der Wissenschaften vom 22. Januar 1920 eine Festrede gehalten, die unter dem Titel „Die Schweiz in der deutschen Rechtsgeschichte", zu einer Abhandlung erweitert, in den Sitzungsberichten der Akademie veröffentlicht worden ist. Wie in der Einleitung ausgeführt wird, sollte „einmal ein Anfang gemacht werden mit der Ermittlung des Anteils, der den einzelnen Landschaften an der deutschen Rechtsgeschichte zukommt." Der gelehrte Verfasser war dazu vermöge seines Forschungsgebietes wohl wie kaum ein zweiter in der Lage, und was er in seiner neuesten Studie geboten hat, wird — das versteht sich bei der Person des Verfassers eigentlich von selbst — für die weitere Erforschung der deutschen Gesamtrechtsgeschichte von großer Bedeutung sein. Demjenigen, der sich speziell um das schweizerische Recht interessiert, gibt die Abhandlung dazu noch eine ausgezeichnete Einleitung in die Geschichte des schweizerischen Rechts und eine sehr schätzenswerte, nach leitenden Gesichtspunkten gruppierte Übersicht über die Literatur zur schweizerischen Rechtsgeschichte.

Nachdem der Verfasser in einem ersten Abschnitt die für die Entwicklung der spätern schweizerischen Eigenart maßgebenden Momente, insbesondere auch das Verhältnis der nach der Völkerwanderung in den nachmals schweizerischen Landen ansässigen Stämme zueinander und ihre Beziehungen zum Reich hervorgehoben hat, geht er im zweiten Abschnitt über zu den öffentlichen Einrichtungen der Schweiz zu der Zeit, während welcher sie für das öffentliche Recht noch einen Bestandteil der deutschen Rechtsgeschichte bildete, d. h. bis zur tatsächlichen Ablösung der Schweiz vom deutschen Reich. Dabei werden die Entwicklung der Landsgemeinde, die Gau- und Hundertschaftsverfassung, das Genossenschaftswesen, die Entwicklung der po-

litischen Gemeinde, die Reichsvogtei Zürich, die Bischöfsstädte Chur und Basel und die Gründung der herrschaftlichen Städte noch besonders hervorgehoben. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit dem Privatrecht, auf welchem Gebiete durch die Erforschung schweizerischer Verhältnisse bis in die neueste Zeit hinein sehr viel zur Abklärung der verschiedenen Institute des deutschen Privatrechts beigetragen wurde. Dank der Ablehnung der Rezeption des römischen Rechts, die in der Schweiz zur Zeit der Loslösung vom deutschen Reich erfolgt ist, konnte hier das einheimische Recht sich in ungestörter Originalität fortentwickeln, sodaß im 19. Jahrhundert die für ein volkstümlicheres Recht kämpfenden deutschen Germanisten immer wieder auf das schweizerische Recht zurückgreifen konnten. Die Bedeutung des schweizerischen Rechts speziell in letzterer Hinsicht hat sich noch wesentlich erhöht, seit uns das zürcherische privatrechtliche Gesetzbuch und insbesondere das schweizerische Zivilgesetzbuch eine den modernen Anforderungen angepaßte, trotz aller wissenschaftlichen Durchdringung volkstümliche Fortentwicklung der germanischen Rechtsgedanken gebracht hat. — Im vierten und letzten Abschnitt führt uns der Verfasser an Hand seiner reichen Quellen- und Literaturkenntnisse den reichen Gewinn vor Augen, den die Bearbeiter der schweizerischen Rechtsgeschichte von der seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland aufkommenden historischen Rechtsschule gezogen haben und die befruchtende Wirkung, welche die seither in so reichem Maße einsetzende Bearbeitung des schweizerischen Rechts wiederum für die deutsche Rechtsgeschichte gehabt hat. Er schließt mit dem Wunsch, daß der für beide Teile so förderliche Kontakt auch in Zukunft fortdauern möge, ein Wunsch, dem sich gewiß jeder, dem die wissenschaftliche Förderung der deutschen und insbesondere auch der schweizerischen Rechtsgeschichte am Herzen liegt, aus voller Überzeugung anschließen wird.

Zürich. Mutzner.

Festgabe zur 73. Jahresversammlung der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz, dargeboten vom Historischen Verein des Kantons Bern. Bern 1920.

Der Historische Verein des Kantons Bern widmete den 25. Band seines „Archivs“ den schweizerischen Historikern, die im September 1919 in Langenthal getagt hatten. Der Band umfaßt zwei Monographien zur bernischen Lokalgeschichte und die Edition eines wertvollen mittelalterlichen Textes.

F. Bühlmann versucht in seiner Abhandlung: Das Landgericht Konolfingen zur Zeit des Überganges und der helvetischen Republik die Wirkungen der helvetischen Revolution auf ein lokal begrenztes Territorium klarzulegen. In einer rechtshistorischen Einleitung weist der Verfasser den Wandel im Verhältnis zwischen der stadtbernischen Obrigkeit und der Bevölkerung nach. Im Landgericht Konolfingen führte der Amtseifer des Freiweibels Gfeller im Jahre 1470 den Ausbruch des denkwürdigen Twingherrenstreites herbei. Auch in den Bauernunruhen, die 1513 nach der Schlacht von Novara die Gebiete von Bern, Luzern und Solothurn heimsuchten, spielte das Landgericht seine Rolle. Das Verhältnis zwischen Regierung und Landschaft in Bern wurde damals durch Spruchbriefe der Obrigkeit neu geregelt. Der Abdruck des Konolfinger Spruchbriefs gibt einen guten Einblick in die wirtschaftlichen und politischen Streitpunkte. Inwiefern das Landgericht an den Unruhen und dem zweiten Kappelerkrieg und am Zustandekommen der Spruchbriefe von 1531 beteiligt war, wäre noch nachzuweisen. Noch einmal wurde im Bauernkrieg von 1653 das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Landschaft erörtert, blieb aber bis zur Helvetik in den mittelalterlichen Formen bestehen. Die ersten Zeichen politischer Bewegung machten sich im Jahre 1792 bemerkbar. Konolfingen und das Amtsgericht Seftigen wandten sich mit einer Eingabe an die Regierung und ersuchten um Erneuerung der Spruchbriefe von 1513. Der Berner Rat verfügte für diesmal nur eine genauere Überwachung des Führers der Bewegung, des Obmanns Augsburger. Als sich aber Augsburger 1797 an den Vorbereitungen zum Sturz der alten Regierung beteiligte, wurde er im Januar 1798 mit schweren Strafen belegt. Mengaud und Laharpe erließen schwere Drohungen gegen Bern und forderten die Freilassung des Gefangenen. Unter der Helvetik rückte Augsburger zum Mitglied des Großen Rates auf, beschloß jedoch sein Leben als Bärenwirt zu Konolfingen. — Über die Folgen der wirtschaftlichen Gesetzgebung der Helvetik orientiert der Primizstreit in Höchstetten. Es handelte sich um die Lieferung der Primizen oder Erstlinge der Feldfrüchte, die den Hauptteil der Besoldung der Geistlichen ausmachten. Die Abgabepflichtigen glaubten durch die Gesetzgebung der neuen Republik der Lieferung der Primizen enthoben zu sein. Ein Gesetz vom Dezember 1799 gebot dann nachträglich doch die Weiterlieferung dieser Abgaben. In Höchstetten entstand durch die Weigerung des Volkes ein schwerer Konflikt, der erst durch militärische Exekution gelöst wurde. — Die Abhandlung Bühlmanns gibt einen guten Einblick in die Revolutionszeit des alten

Bern; im Vergleich zur Bedeutung des Stoffes ist allerdings der Rahmen der allgemeinen Ereignisse etwas reichlich ausgefallen. Die vielen in den Text eingefügten Aktenstücke wären wohl mit Vorteil in einem besondern Anhang vereinigt worden. —

Unter den gleichzeitigen Berichten, welche die Persönlichkeit des Bruders Klaus schildern, ist einer der anziehendsten derjenige des Hans von Waldheim aus Halle a. d. Saale. In seinem 1917 erschienenen 1. Halbband der Bruder Klausenbiographie gab R. Durrer den auf den Eremiten bezüglichen Passus in der Urform wieder. Die übrigen Teile dieser Schweizerreise waren bis anhin nur in modernisierter Form bekannt gewesen. Nunmehr publiziert Friedrich Emil Welti diese schöne kulturgeschichtliche Quelle unter dem Titel: Hans von Waldheims Reisen durch die Schweiz im Jahre 1474. Der Text ist nach photographischen Aufnahmen der in Wolfenbüttel befindlichen Originalhandschrift gestaltet. Die Handschriftenbeschreibung und die Übersicht der bisherigen Editionen enthält das genannte Buch von Durrer, I, S. 66—67 — Hans von Waldheim, 1422—1479, war gebildeter Laie, der in seiner Vaterstadt Halle hohe Ämter bekleidete. Nach der damaligen Sitte unternahm er 1474 eine Wallfahrt nach Südfrankreich, die ihn auf der Hin- und Rückreise durch die Schweiz führte. In unserem Lande interessiert er sich vor allem für die kirchlichen Einrichtungen: so besucht er eben den Einsiedler im Ranft und läßt sich in Solothurn von den Domherren Reliquien schenken. Daneben knüpft er persönliche Beziehungen mit hochgestellten Persönlichkeiten an, und nimmt von allem, was ihm in Staat und Gesellschaft auffällt, Notiz. Für Liebhaber chronologischer Merkwürdigkeiten sei beigefügt, daß Hans von Waldheim in seinem Tagebuch verschiedene Male (S. 98, 104, 105) nach dem Cisiojanus datiert. — Der Herausgeber hat den Text aufs beste kommentiert und ein Itinerar beigegeben. —

Als Muster einer Ortsgeschichte darf die Arbeit von Karl Geiser über Langenthal unter der Twingherrschaft des Klosters St. Urban gelten. Die Grundherrschaft St. Urbans in Langenthal geht auf die Klostergründung im Jahre 1194 zurück. Der Grundbesitz in Langental (Langetan) wurde damals der Zisterzienserabtei geschenkt, welche in der Folgezeit Twing und Bann, d. h. die niedere Gerichtsbarkeit, besaß. Die hohe Gerichtsbarkeit stand von jeher beim Inhaber der Landgrafschaft, somit seit 1406 bei der Stadt Bern. Bei dieser Abgrenzung der Rechte verblieb es bis 1798. Im Jahre 1823 fand auf dem Wege gütlicher Vereinbarung die Ablösung der Rechte statt, welche St. Urban in Langenthal noch besaß. —

1415 hatte das Kloster ein Burgrecht mit Bern abgeschlossen und wußte sich in der bernischen Obrigkeit einen geneigten Schiedsrichter bei allfälligen Streitigkeiten mit Langenthal zu gewinnen. Diese schiedsrichterliche Tätigkeit hatte in letzter Linie eine Stärkung der bernischen Landeshoheit zur Folge. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß 1507, also lange vor der Reformation, über Ablösung der Leibeigenschaft verhandelt wird! — Eines der dankenswertesten Kapitel ist dasjenige über die wirtschaftliche Entwicklung Langenthals bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Was zunächst die Landwirtschaft betrifft, so hat sich gerade für Langenthal die älteste Urkunde aus dem Bernbiet erhalten, in welcher alle Bestandteile einer Schuppose aufgezählt werden. Sie datiert von 1277. Großen Wert legte man immer auf die Bewässerung. Eigentliche landwirtschaftliche Großbetriebe gab es im 17. Jahrhundert keine; jedermann, auch der Nichtbauer, betrieb ein wenig Landwirtschaft. Unter dem Einfluß der Berner Ökonomischen Gesellschaft wurde im 18. Jahrhundert die alte Dreifelderwirtschaft aufgegeben und ein neues Betriebssystem eingeführt. Für die Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie war ein Privileg von 1477 wichtig, wodurch Langenthal einen Wochenmarkt erhielt. Ursprünglich wurde da vor allem mit Getreide gehandelt. Im 18. Jahrhundert trat die Leinwandfabrikation und der damit verbundene Handel in den Vordergrund. Langenthal wurde industrieller Mittelpunkt des Oberaargaus und des Emmentals. Die einheimische Produktion von Hanf und Flachs genügte nicht mehr, diese Erzeugnisse mußten aus Süddeutschland eingeführt werden. Garn ließ man aus Westfalen, Braunschweig und Schlesien kommen. Absatzgebiete waren Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und zeitweise auch England. Ende des 18. Jahrhunderts kamen in beschränkterem Maße auch Baumwollindustrie und Seidenbandweberei auf. Dementsprechend hob sich der Handel. 1760 hatten die betriebsamen Langenthaler bereits das Privileg erwirkt, ihre Waren von auswärts zu beziehen, und 1793 gewährte der bernische Rat dem Flecken Langenthal völlige Handelsfreiheit und zwar auf Grund eines Memorials der Einwohnerschaft. So stand die Bevölkerung Langenthals vor der Helvetik in einem ganz annehmbaren Verhältnis zu ihrer landesväterlichen Obrigkeit.

Eine Reihe von Beilagen geben der Arbeit die nötigen dokumentarischen Unterlagen.

Zürich. Anton Largiadèr.

SIMON, ANDRE. L'Ordre des Pénitentes de Sainte-Marie-Madeleine en Allemagne au XIIIme siècle. XXVI et 289 p. Fribourg, Imprimerie St. Paul, 1918. [Fribourg, thèse theol.]

Der Verfasser erschließt uns eine auf gründlichen Quellenstudien beruhende Darstellung über den Orden der büßenden Schwestern der hl. Maria Magdalena in Deutschland, dessen Geschichte wir bisher nur lückenhaft aus kleineren Arbeiten kannten. Die ersten zwei Kapitel enthalten eine willkommene Orientierung mit guten Literaturangaben über den Orden im allgemeinen, in Frankreich und in Italien. Die Entstehung und Entwicklung des Ordens in Deutschland ist nach den Quellen eingehend geschildert und dabei Wesentliches und Belangloses mit kritischem Blick auseinandergehalten und gewürdigt. Der Verfasser konnte nicht eine Darstellung oder Chronik des ganzen Ordens aus jener Zeit benützen, sondern mußte die Angaben mühsam aus den verschiedensten Urkunden zusammensuchen und zur Darstellung geistig verarbeiten. Er zog nicht nur gedruckte Urkundensammlungen zu Rate, sondern erforschte auch die in Betracht kommenden Archive, so Basel, Breslau, Frankfurt a. M., Mühlhausen, Speier, Straßburg, die Klosterarchive in Lauban und Studenitz. So gelang es ihm u. a., die bisher unbekannte Gründungsbulle des Papstes Gregor IX. in Straßburg zu finden; sie ist im Anhang zum ersten Mal abgedruckt. Ausführlich wird den Gründen der Entstehung des Ordens nachgegangen; sie ist eine Folgeerscheinung des für das Kirchenleben eingreifenden Konzils von Mainz 1225 und steht in Beziehung mit der Abordnung des Zisterziensers Conrad von Zähringen; ihm war als Prediger Rudolf, Chorherr von Hildesheim, beigegeben, welcher sich besonders der Bekehrung der „Fahrenden Weiber" angelegen sein ließ, sie vom Abgrunde abzuhalten, den bekehrten Frauen Halt zu geben, vor Rückfällen zu bewahren und ihre Zukunft zu sichern suchte. Zu diesem Zwecke wurde der Maria Magdalena-Orden der Büßerinnen 1227 in Deutschland ins Leben gerufen; er erreichte seine Blütezeit in der Mitte des 13. Jahrhunderts. Der Verfasser verfolgt sorgfältig die bedeutendsten Gründungen von Klöstern, die Ordensregeln, Privilegien, das innere Leben und die Organisation. Das Buch ist so ein wichtiger Beitrag zur Sitten- und Kulturgeschichte des Mittelalters. Ein zweiter Teil erwähnt in alphabetischer Reihenfolge alle im 13. Jahrhundert in Deutschland entstandenen Klöster mit Angabe ihrer Entstehung, Entwicklung, der Quellen und Literatur und der Aufhebung. Im Gebiete der heutigen Schweiz befanden sich solche Klöster in Basel (s. S. 106—107) und in Neuenkirch (S. 122—124). Die Stürme der Reformation und Re-

volution überstanden nur das Kloster zu Lauban, das heute noch existiert; eine Filiale davon besteht noch in Studenitz (Österreich). — Im Anhang des Buches sind die wichtigsten Dokumente mit kritischem Apparat abgedruckt, 194 Urkunden in Regestform, mehrere unbekannte im Wortlaut wiedergegeben. Mit historischer Kritik wird bereits Bekanntes gesichtet; gute Literaturangaben, die auf Seite XIII—XVIII zusammengestellt sind, erhöhen den Wert des Werkes. Seine Benützung wird durch ein Orts- und Personenregister wesentlich erleichtert. Dem Geschichtsforscher und Kirchenhistoriker, der auf dieses Gebiet stößt, wird es eine willkommene und nicht zu umgehende Arbeit sein.

Bern. Wilhelm Jos. Meyer.

LOUIS BLONDEL, Chef du service du Vieux Genève. Les Faubourgs de Genève au XVme siècle. Avec 3 plans et 30 gravures dans le texte. Genève 1919. Mémoires et documents, publiés par la société d'histoire et d'archéologie de Genève. Tome V de la série in-4°.

Unter den Auspizien der Société d'histoire et d'archéologie de Genève hat der Leiter der Genfer Denkmalpflege, Louis Blondel, eine Baugeschichte der im 16. Jahrhundert abgetragenen Genfer Vorstädte erscheinen lassen. Der Verfasser verlangt für die Schilderung der politischen Geschichte Genfs eine eingehende Berücksichtigung der baulichen Entwicklung. Die Vorzüge dieses Vorgehens fallen besonders bei der vorliegenden Arbeit auf, indem eine Reihe von Problemen der Wirtschafts- Siedelungs- und Kirchengeschichte klargestellt werden. In vorzüglicher und klarer Weise gibt Blondel über Quellen, Literatur und Methode seiner Arbeit Rechenschaft. Die Faubourgs waren in dem Jahrzehnt von 1530—1540 mit Rücksicht auf die Verteidigung der Stadt niedergelegt worden, und später erhoben sich an ihrer Stelle die Fortifikationen des 17. und 18. Jahrhunderts. Das 19. Jahrhundert brachte, wie überall, so auch in Genf den Abbruch dieser Schanzen und die Anlage neuer Quartiere. Die mittelalterlichen Vorstädte sind somit vollständig vom Erdboden verschwunden, und ihr Terrain ist von modernen Stadtteilen überbaut, die in der Hauptsache ganz neue Straßenzüge aufweisen. Unter diesen Umständen war die Rekonstruktion des alten Zustandes und die topographische Fixierung denkwürdiger Bauten in der Zone der Faubourgs mit ganz besondern Schwierigkeiten verbunden. Die Möglichkeit, überhaupt zu gesicherten Resultaten zu gelangen, ergab sich nur aus den in Genf fast lückenlos erhaltenen Notariatsakten und amtlichen Gebäudeschatzungen. Ein offizielles Güterverzeichnis von 1475—1476 zählt für den Be-

reich der Stadt und der Faubourgs sämtliche Grundbesitzer auf. In Verbindung mit den Notariatsakten und Lehensquittungen konnten für ca. 800 Liegenschaften die Besitzer vom 15. Jahrhundert bis zur Neuzeit ermittelt werden. Als Beispiel ist für das Terrain der ehemaligen Kirche Saint-Léger die Besitzgeschichte bis zur Neuzeit durchgeführt. Das Ziel, das sich der Verfasser gesteckt hat, „genaue Rekonstruktion der vorstädtischen Ansiedelungen Genfs vor der Reformation", ist durch diese Publikation völlig erreicht worden. Für das Innere der alten Stadt Genf, wo sich die topographischen Verhältnisse nicht so stark verschoben haben, wird eine ähnliche baugeschichtliche Studie in Aussicht gestellt.

Das mittelalterliche Genf war im Anschluß an die römische Ansiedelung im Faubourg Saint-Victor entstanden. Es hatte durch die sogen. „Enceinte de Marcossay" seine endgültige Ummauerung erhalten, die aber nur den links von der Rhone gelegenen Stadtteil umfaßte. Der kleinere, rechtsufrige Teil blieb lange ein offener vicus und wurde erst im 15. Jahrhundert systematisch befestigt. Außerhalb der Mauern des linksseitigen Genf bildeten sich nun die verschiedenen Faubourgs: La Corraterie, Saint-Léger, Saint-Victor, Temple (ehemalige Niederlassung des Templerordens) und auf dem rechten Ufer: Faubourg Saint-Gervais. Diese Vorstädte entstanden in der Zone der sogenannten „Franchises", d. h. der Bannmeile. Die Franchises waren das dem Bischof unterstellte Gebiet, welches bestimmte Freiheiten genoß. Die Grenzen der Franchises und der Kirchgemeinden sind von Blondel auf einem Plan fixiert. Zwei der Faubourgs, Saint-Victor und Corraterie, enthielten wichtige kirchliche Niederlassungen, jenes das alte Chorherrenstift Saint-Victor, dieses das Dominikanerkloster aus dem 13. Jahrhundert. Gegen Ende des Mittelalters erreichten die Faubourgs den Höhepunkt ihrer Entwicklung; ihre mit Gebäuden bedeckte Fläche war so groß wie diejenige der alten Stadt, und von der Gesamtbevölkerung Genfs entfiel der siebente Teil auf die Vorstädte. Der Grundbesitz in den Faubourgs, meist in den Händen savoyardischer Edelleute, war an Genfer Bürger zu Lehen ausgetan. Die natürliche Entwicklung drängte darauf hin, den Mauerring der Stadt zu vergrößern und die Faubourgs in die Befestigung einzubeziehen. Da wurde Genf von schweren wirtschaftlichen Krisen betroffen: 1462 verbot König Ludwig XI. von Frankreich seinen Kaufleuten den Besuch der Genfer Messen, und nach den Burgunderkriegen hatte die Stadt mit Bezahlung von Kriegsentschädigungen eine schwere Last auf sich. So war an eine Ummauerung der Faubourgs nicht mehr zu denken. Bald darauf begann Genf, unterstützt von Freiburg

und Bern, seinen Kampf gegen Savoyen, der vorerst mit der Auflösung des Burgrechtes von 1519 endigte. In den nun folgenden Kämpfen der savoyardischen Ritterschaft des „Löffelbundes" erwiesen sich die offenen Vorstädte als sehr gefährliche Stützpunkte für die Feinde Genfs. 1529 nahmen die Herren vom Löffelbund zwei Faubourgs ein und versuchten mit Leitern die Stadtmauern zu erstürmen. Der Angriff konnte mit Mühe abgeschlagen werden. Um so erstaunlicher ist die Konzentration aller Kräfte im Kampf gegen die Feinde. Der Gemeinsinn der Genfer Bürger fand kurz vor der Reformation seine Krönung in dem heroischen Entschluß, die Vorstädte preiszugeben und dem Erdboden gleichzumachen. Der Gedanke tauchte zum ersten Mal 1530 auf und wurde im Jahrzehnt bis 1540 durchgeführt. Die Genfer Regierung, deren Maßnahmen bei den Bewohnern der Vorstädte auf starken Widerstand stießen, fand am Rat von Bern eine Unterstützung für ihr Vorgehen. Selbst die Klöster der Dominikaner, der Augustinereremiten und das uralte Stift Saint-Victor wurden dem Erdboden gleichgemacht. So vollzog sich die Schleifung der in der Bannmeile gelegenen Vorstädte, welche François Bonivard als den schönsten Schmuck der Stadt Genf bezeichnete. Was von Baufragmenten durch Ausgrabungen zu Tage gefördert worden ist, hat Blondel in Abbildungen und Beschreibungen sorgfältig zusammengestellt.

Die Abhandlung Blondels ist eine hervorragende Leistung auf dem Gebiet der historischen Topographie, deren Wert durch genaue Pläne und Register noch erhöht wird. Verschiedene Genfer Firmen, vor allem die Imprimerie Kündig, haben alles getan, um dem Werk eine würdige Ausstattung zu geben. —

Zürich. Anton Largiadèr.

EDUARD VON RODT, Architekt. Die Burg Nydegg und die Gründung der Stadt Bern. Kunstblatt mit 27 Seiten. Begleittext in 4°. Bern, A. Francke, 1919.

Architekt Eduard von Rodt, bekannt durch seine Studien zur bernischen Bau- und Kulturgeschichte, gibt auf einem Kunstblatt den Versuch einer Rekonstruktion der Burg Nydegg. Dieses alte Stadtschloß erhob sich auf der östlichen Abdachung des alten Bern, in der Gegend der heutigen Nydeggkirche, auf drei Seiten von der Aare umflossen und von der Stadt durch einen Trockengraben abgetrennt. Die Burg ist nach der Ansicht von Rodts älter als die Stadt Bern. Unter den Zähringern wurde sie der Sitz eines Stadtvogtes und diente nach 1218 dem Reichsvogt, der von hier aus die hohe Gerichtsbarkeit ausübte und die Steuern eintrieb. Am Ende des Interregnums — zwischen

1266 und 1268 — zerstörten die Berner Nydegg. In der Bestätigung der bernischen Handfeste von 1274 verzichtete König Rudolf auf jede Forderung und Klage, die sich aus diesem Gewaltakt ergeben könnte. — Die Burgstelle und die Schloßkapelle werden noch im 14. und 15. Jahrhundert erwähnt. Letztere wurde 1468 abgebrochen und machte der jetzigen Nydeggkirche Platz.

Im zweiten Teil seiner Arbeit beschäftigt sich der Verfasser mit der Gründung der Stadt Bern und sucht namentlich nachzuweisen, daß die Darstellung der Gründungsgeschichte bei Justinger den Tatsachen entspreche. Eine Reihe von damit im Zusammenhang stehenden Fragen werden erörtert: Stadtbau, Stadtbefestigung, Hofstätten, Bürgerrecht, Stadtname, Stadtsiegel und Kirchenpatronat.

Zürich. Anton Largiadèr.

ALFRED RIBEAUD, docteur en droit, avocat: Le moulin féodal. Étude de droit et d'histoire sur la principauté épiscopale de Bâle. Lausanne, Librairie Payot & Cie., 1920. 323 p. 8°. 12 Fr.

Der Verfasser, der sich bisher als Dichter und politischer Publizist betätigt hat, unternimmt es in vorliegender Schrift, einer Berner Doktorthese, angeregt durch die bekannten Forschungen seines in Dijon lehrenden engeren Landsmannes Louis Stouff und durch die wasserrechtsgeschichtlichen Studien, die Professor Karl Geiser in der Zeitschrift des bernischen Juristenvereins und später in der Zeitschrift für schweizerisches Recht veröffentlicht hat, die Rechtsgeschichte der Mühle im ehemaligen Fürstbistum Basel darzustellen. Den Ausgangspunkt dürfte ein praktischer Fall gebildet haben; der Geschichte der Mühlen von Tavannes (Dachsfelden) und Chevenez (Kövenach) sowie der Mühlen und Sägen von Frégiecourt (Fridersdorf) und Asuel (Hasenburg) geht Ribeaud besonders nach. Darüber hinaus hat aber das jurassische, überhaupt das bischöflich-baslerische Mühlenrecht sein Interesse erregt. Er hat daraufhin besonders die Urkundensammlung von Trouillat, aber auch andere Urkundenbücher und viel ungedrucktes, archivalisches Material, von welch letzterem er manches im Text und in den Anmerkungen, namentlich aber im Anhang mitteilt, mit großem Fleiße durchgearbeitet. Für das frühere Mittelalter ist dabei begreiflicher Weise nicht eben allzu viel herausgekommen; namentlich erfährt man von einem Vorhandensein markgenossenschaftlicher oder gar Gaumühlen nichts. Wir lernen die Mühlenherren, die geistlichen wie die Klöster Lützel und Bellelaye, die Stifter Moutier-Grandval und St. Ursanne, aber auch die weltlichen, darunter die Grafen von Montbéliard und Neuen-

burg, und nicht zuletzt den Bischof von Basel selbst, kennen, hören von den Rechtsformen, unter denen die Mühlen verliehen oder verpachtet wurden, werden mit den Abgaben und Diensten bekannt gemacht, die von ihnen entrichtet wurden, und erhalten für die ältere Zeit, in der bei der Herrenmühle wie bei der Eigenkirche der Inhaber nur mündlich bestellt wurde, allerdings so gut wie gar keinen Aufschluß über die Dienste, Obliegenheiten und Bezüge des Müllers. Das Bann- oder Zwangsrecht leitet Ribeaud aus der Grundherrschaft her, die Konzession aus der öffentlichen Gewalt, in der zweiten Hälfte des Mittelalters aus der Landesherrschaft, die seit dem 15. Jahrhundert mehr und mehr eine Art dominium eminens, ein Wasser- und Mühlenregal entwickelt, das älteren Mühlengerechtigkeiten gegenüber freilich nur zu ihrer Bestätigung und zur Begründung von Erblehen benützt wird. In der Darstellung der Durchführung, Ausbildung und Überleitung dieses Regals, des Konzentrationsprozesses, liegt der Hauptwert der sehr dankenswerten Schrift. Was dieselbe sonst noch über die Geschichte der bischöflich-baslerischen Landesherrschaft, über Lehen-, Leiherecht, Regal, Reichsgerichte beibringt, z. T. gestützt auf eine Literatur, die, wie das Repetitorium von Heilfron (!), für wissenschaftliche Arbeit gar nicht in Betracht kommt, hätte ohne Nachteil für den Leser und die Sache ruhig wegbleiben können, wodurch das Buch allerdings um ein Drittel bis die Hälfte weniger umfangreich geworden wäre.

Berlin. Ulrich Stutz.

ADOLF STEINER: Zur Geschichte der Schweizersöldner unter Franz I. (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft). Zürich-Selnau, Verlag von Gebr. Leemann & Co. — 159 S.

L'historiographie a fait de grands progrès au XIXe siècle grâce à la richesse de sa documentation. Des oeuvres considérables d'histoire générale, où la science n'a pas toujours exclu l'art littéraire, ont paru à la suite de pénétrantes recherches d'archives. Le moment est venu de reprendre en détail, pour ainsi dire, chacun des chapitres de cette belle histoire, de le revoir, de le rectifier, de le compléter, afin d'établir, pour le siècle prochain, les fondements d'une histoire générale encore plus solide et plus parfaite.

De nouveaux érudits ont compris cette tâche et l'ont entreprise. Un des élèves du regretté Oechsli, M. *Adolphe Steiner*, docteur en philosophie, s'est proposé de faire une enquête sur

l'histoire des mercenaires suisses au service de François I. Devant la richesse des matériaux accumulés, il s'est vu contraint pour l'instant de restreindre son travail à l'étude de l'année 1521, date initiale du service des Suisses sous le règne du roi chevalier.

L'écrit nous ramène au début de la lutte de François I et de Charles Quint. Il commence par deux chapitres d'histoire diplomatique. Dans l'un sont rapportées les négociations de Rome entre les ambassadeurs de France et d'Espagne et dont la conclusion fut l'adhésion donnée à l'alliance impériale par le pape Léon X, l'allié primitif des Suisses.

Dans l'autre chapitre, M. Steiner passe aux négociations franco-suisses. Malgré l'activité déployée par le célèbre ennemi de la France, le cardinal de Sion, Mathieu Schinner, notre auteur estime que les Suisses étaient restés neutres dans l'affaire de l'élection impériale (p. 54). Quoique gênés par leur alliance héréditaire avec l'Autriche (Erbeinung), ils conclurent à Lucerne avec l'ambassadeur Lameth la fameuse alliance (Vereinung) à laquelle Zurich refusa seul de prendre part. Ce traité purement défensif avait pour objet la protection des pays alliés, notamment, en faveur de François I, du royaume de France et du duché de Milan. Mais c'était essentiellement un règlement des soldes que le roi s'engageait à payer à ses mercenaires suisses.

M. Steiner en fait une analyse détaillée très intéressante.

Ce traité, dont les Suisses n'ont pas lieu d'être très fiers, a été, comme on sait, du moins dans les premiers temps, la source d'éternelles sollicitations et de récriminations sans nombre. La Confédération cesse de suivre une politique propre. Les rivalités cantonales et les dissentiments religieux vont d'ailleurs arrêter son essor, sauf peut-être en l'année 1536, où les Bernois font leurs conquêtes dans une action parallèle avec la France.

L'année 1521 vit cette convention à l'oeuvre et l'auteur aborde ici un chapitre d'histoire militaire. Dans la Haute Italie il y a des Suisses dans les deux camps. Les uns sont rappelés et pas les autres. Le lieutenant général du Roi Lautrec ne recevait pas d'argent pour payer ses soldats. Il manquait, du reste, dans son impéritie, toutes les bonnes occasions de livrer bataille. En conséquence, le Milanais fut une première fois perdu pour François I. Tout cela n'est guère édifiant.

M. Steiner a préparé son travail avec le soin le plus minutieux. Il montre de la patience et de la pénétration dans l'étude des négociations diplomatiques et des opérations militaires. Sa documentation est abondante. Elle tire son importance de la consultation des copies des archives de Paris, de Rome et d'ailleurs, ainsi que des originaux des archives de la Suisse. Qu'il nous

soit permis de remarquer toutefois que, pour un travail définitif, la consultation sur place des documents étrangers vaut le voyage. Pour les campagnes des Suisses mercenaires en Italie, dans les premières années du règne de François I, nous rappellerons l'importance d'une chronique intitulée *les Gestes de Montmorency*, conservée à Paris, à la Bibliothèque de l'Arsenal et ailleurs. Nous l'avions signalée déjà dans la *Revue critique* du 16 mai 1881.

La connaissance du milieu de la cour de François I et de ses armées parait insuffisante. Louise de Savoie n'a jamais été reine. Son titre, s'il faut le lui donner, n'est donc pas «la Reine mère» (p. 12), comme pour Catherine de Médicis, mais «Madame» mère du Roi. Nous écrivons Bourdeille et non *Bourdelles*, Monluc et non *Montluc*, Semblancey et non *Semblancy* (p. 9), etc. Pour la localité de Marignan *(Marignano)*, Melegnano est la forme exacte en italien. La célèbre amie de François I n'était pas *comtesse de Chateaubriand*. Son château, sur la ligne d'Angers à Rennes, existe encore, intéressant spécimen de la Renaissance, dont l'intérieur a été quelque peu gâté par les bureaux de l'administration. Françoise de Foix, femme de Jean de Laval, seigneur de Chateaubriant, n'en était pas moins une très grande dame par sa naissance, comme par son mariage, tout en s'appelant simplement Madame de Chateaubriant. Le titre de comte était rare dans la France des Valois, combien plus rare que sous la troisième république! Je ne compte guère en France que cent comtes sous le règne de François I.

Quant aux lances fournies des ordonnances du Roi, il est exact de dire qu'elles se composaient chacune d'un homme d'armes et de deux archers. Il n'est question que de ces trois combattants dans la liste des «monstres» ou revues des compagnies. Les autres membres de la lance ne sont que des serviteurs de ces cavaliers, lesquels sont eux-mêmes des nobles soldés remplaçant les anciens chevaliers de l'armée féodale. En 1534, dans une compagnie, le nombre des archers n'est plus qu'une fois et demie celui des hommes d'armes.

Qu'on nous excuse d'inviter M. Steiner à compléter sa «*Litteratur*» par la lecture de quelques auteurs qui ont étudié ces questions compliquées d'histoire de France. Il en est, de ces auteurs, qui sont Suisses. Si nous insistons sur ces points, c'est par manière de sympathique avertissement. Nous comptons bien que M. Steiner poursuivra son travail pour tout le règne de François I, car nous avons pris intérêt et plaisir à lire cette étude du début si consciencieuse et nous en réclamons la suite.

Genève. Francis De Crue.

ELSA BEURLE. Der politische Kampf um die religiöse Einheit der Eidgenossenschaft, 1520—1527. Ein Beitrag zu Zwinglis Staatspolitik. Zürcher Dissert. Linz a. D. O.-Ö. Verlagsges. Linz.

Die Verfasserin hat sich in ihrer Dissertation die Aufgabe gestellt, die politischen Ereignisse der entscheidenden Reformationsjahre von einem bestimmten Gesichtspunkt aus zu gruppieren und zu prüfen: Es soll „das Ringen der beiden Glaubensparteien um die religiöse Einheit in der Eidgenossenschaft klargelegt und besonders der Anteil Zwinglis an der Lösung der Problems beleuchtet werden" (S. 7). Es handelt sich dabei nicht um Verwertung unbekannten Materials, sondern um eine Zusammenfassung und Beurteilung der bekannten Tatsachen, die zwar nicht neu ist, aber in solcher Prägnanz noch nie durchgeführt worden ist.

Mit Recht greift die Verfasserin zurück auf die alteidgenössische Tendenz, die Kirchenverhältnisse der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, da sie hierin die Vorbedingung sieht nicht nur für die Entwicklung der zürcherischen oder bernischen Reformation, sondern ebenso für die Politik der altgläubigen Obrigkeiten, die sich unabhängig von den kirchlichen Behörden für die Erhaltung des katholischen Glaubens im ganzen eidgenössischen Gebiet bemühen.

In Bezug auf Zwinglis „Staatspolitik" (ein Ausdruck, der mir sprachlich und inhaltlich schlecht zu passen scheint) unterscheidet die Verfasserin drei Perioden, in denen er sein Ziel, eine neugestaltete evangelische Eidgenossenschaft, verfolgt hat: erstlich die Zeit von 1520—23, in der er den Kampf nur mit geistigen Waffen („mit öffentlichen Publikationen, schriftlichen Ermahnungen und Gesprächen") führt, zweitens die Jahre 1524—27, die „die Anfänge des Realpolitikers Zwingli und seinen Aufstieg als eidgenössischen Staatsmann" umfassen, und drittens die Periode von 1528—1531, die Zeit von Zwinglis verhängnisvoller Machtpolitik. Der größte Teil der Darstellung bezieht sich auf die 2. Periode. Wenn nun auch diese Einteilung in der Hauptsache gerechtfertigt erscheint, so ist doch dabei die Gefahr nicht vermieden worden, daß einer einleuchtenden Konstruktion zulieb die Tatsachen etwas zurechtgebogen oder doch vereinfacht werden. Die 1. Periode ist doch die Zeit, in der Zwingli zuerst den Gewissenszwang, der ihn zum Bruch mit den kirchlichen Autoritäten treibt, an sich selbst erlebt und die Zeit, in der er so sehr in der Defensive steht, daß von einem bestimmten „staatspolitischen" Plan noch gar nicht die Rede sein kann. Wenn Elsa Beurle auf S. 22 sagt: „Nicht allein seine politischen Reformversuche, . . . sondern viel mehr noch seine kirchlichen Absichten der Ausbreitung der evan-

gelischen Lehre fürchtete man, die er tatsächlich immer mit seiner Politik verband" oder (S. 25) die „Treue Vermahnung an die Eidgenossen" durchziehe ein „tief religiöser Unterton, eine unbedingte Gläubigkeit an die Hl. Schrift, Dinge, die eben keinen Augenblick von Zwingli zu trennen sind und die dort, wo die Religion vermeintlich in den Hintergrund tritt, mitklingen und mitschwingen", so ist die Hauptsache offenbar zur Begleiterscheinung gemacht. Denn das religiöse Verantwortlichkeitsbewußtsein, das spezifisch Zwinglische Hirtengewissen ist doch das Entscheidende für Zwingli, im Kampf gegen das Söldnerwesen wie in seiner späteren Kirchenrealpolitik.

Die Verfasserin aber drückt sich mehrmals so aus (auch auf S. 26), als ob für Zwingli die „politische Reform" der eigentliche Zweck und die Bibel das Mittel dazu gewesen wäre, und zwar in den von ihr als 2. Periode bezeichneten Jahren.

Den Mittelpunkt der ganzen Arbeit bildet die klare Darstellung der Kämpfe, die von beiden Seiten für und gegen die Kompetenz der Tagsatzung in Glaubensfragen geführt wurden; die Verfasserin zeigt, wie Zwinglis ganze kirchenpolitische Haltung in den Jahren 1524—27 durch den Gedanken beherrscht ist, der Tagsatzung jede Kompetenz in Glaubenssachen zu bestreiten, und wie umgekehrt die Politik der fünförtigen Staatsmänner eine Wiederherstellung der eidgenössischen Glaubenseinheit durch die große offizielle Disputation zu erzwingen hoffte. Zwinglis „innerpolitische Kämpfe gegen die Feinde in Zürich", besonders also gegen die Täufer, werden mit Recht als Kämpfe „um die Erhaltung des evangelischen Einheitsstaates in Zürich" aufgefaßt; nur ist damit nicht alles gesagt; denn ein ganzes Verständnis dieses Kampfes ist unmöglich, ohne daß man zugleich auf das Problem von der menschlichen und göttlichen Gerechtigkeit eingeht, das Zwingli theoretisch und praktisch so viel zu schaffen machte. Trotz diesen Aussetzungen hilft eine so konsequent von einem bestimmten Punkte aus durchgeführte Beurteilung der Zwinglischen Politik mit zur historischen Erkenntnis der Reformationsgeschichte.

Zu ein paar Einzelheiten seien noch Bemerkungen erlaubt. S. 75 heißt es: Basel lehnte „im vorhinein" ab, das Glaubensgespräch in seinen Mauern abhalten zu lassen, „weil es sich weder in geistiger noch in materieller Beziehung den großen Anforderungen gewachsen fühlte." Das ist doch sehr unklar ausgedrückt; aus den gewundenen Instruktionen der Basler Tagsatzungsgesandten, die die Ablehnung begründen sollten, geht klar hervor, was der wahre Grund war: die Angst vor einem Aufstand der evangelisch gesinnten Majorität der Bürgerschaft, falls, wie

vorauszusehen war, die neue Lehre verdammt würde, und die Unsicherheit des selbst zwiespältigen Rates, die ja auch der Bischof von Konstanz mit Recht fürchtet. S. 113 sagt Elsa Beurle: „Der Reformator wurde (zu Baden) gebannt, aus der Kirche ausgestoßen etc.“ Das ist zum mindesten mißverständlich, wie wenn eine eidgenössische Instanz das getan hätte, was ja Zwingli niemals von der kirchlichen Obrigkeit in offizieller Form widerfahren ist. Die Stelle der Badener Beschlüsse, die die Verfasserin im Sinne hat, lautet nur so: „Diewil . . . von vil hundert jaren von der gmeinen kilchen beschlossen und geordnet, daß ein jeder, der ein alten verdampten irrthumb wider ufgeweckt etc., süllend an wyter erklärung in schweren bann fallen, von gmeiner kilchen usgestoßen werden etc.“ Darum werden Zwinglis Lehre und Bücher im Gebiet der Eidgenossenschaft verboten.

In der Luzerner Erklärung vom 21. April 1527 (abgedruckt S. 125) ist ein sinnstörender Fehler stehen geblieben; statt: „das uns nit befrömdt“ muß es heißen: „nit wenig befrömdt“.

Basel. Paul Burckhardt.

MARCEL BLANCHARD. Les routes des Alpes occidentales à l'époque napoléonienne (1789—1815). Essai d'étude historique sur un groupe de voies de communication, Grenoble, Joseph Allier, 1920. In 8, XVIII — 415 p.

J'imagine que, dans des temps très lointains, lorsque l'épopée napoléonienne et l'oppression napoléonienne ne seront plus que de vagues souvenirs, il restera de Bonaparte surtout le nom d'un ouvreur de routes, d'un *Bahnbrecher*, émule des *Héraklès* et des *Alexandre*.

M. Marcel Blanchard, à la suite de patientes recherches dans les archives piémontaises et françaises, apporte une contribution précieuse à cette histoire de Bonaparte constructeur de voies. Il montre quelle fut la place éminente des grandes voies carrossables transalpines dans la politique générale de l'Empire, et dans l'économie du système continental. Lutte économique contre l'Angleterre, organisation de l'exploitation commerciale du continent européen par la France, ces deux objets sont liés très étroitement à l'évolution des routes des Alpes occidentales, *Simplon*, *Cenis*, *Genèvre*, même *Col de Tende* et *Corniche*.

Une telle histoire intéresse la Suisse au premier chef. Et quoique M. Marcel Blanchard ait fait porter son principal effort sur le *Cenis* — en partie parce que le *Simplon* avait déjà trouvé à Genève même un excellent historien, M. *Frédéric Barbey* — son livre éclaire certains côtés de l'histoire de Genève et de la *Confédération*.

Dès le milieu du XVIIIe siècle, il y a concurrence entre le *Simplon* et le *Cenis*. L'Etat piémontais-savoyard, dont la Maurienne fut le berceau, a sa fortune liée à l'exploitation de la voie Chambéry-Turin, entre en lutte contre la route du Haut-Rhône. Il profite des moments où il est en bons termes avec la France pour amener celle-ci à se détourner du *Simplon*, à réserver au *Cenis* le transit vers Lyon des cocons et des soies grèges, en dépit des efforts que font les Milanais, les Grisons, les Valaisans, les Bernois (seigneurs de Vaud) et les Genevois pour attirer ce trafic. L'annexion de l'*Ossola* permet même au gouvernement sarde de fermer pratiquement, par des mesures douanières, le débouché méridional du *Simplon*, comme il a fermé celui du Grand St. Bernard.

Ce dernier ne lui paraîtrait intéressant que si une guerre avec la France venait priver le *Cenis* de ses débouchés vers l'Ouest. En 1778, un intendant piémontais envisage cette hypothèse, il pèse les inconvénients et les avantages de la route, en employant des arguments analogues à ceux qu'utilisent aujourd'hui les administrations ferroviaires. «Si, d'une part, — dit-il — la voie du St. Bernard serait nuisible à l'Etat en tant qu'elle priverait celle du Cenis du passage des marchandises expédiées de Turin et de Nice à Genève, Neuchâtel, Berne, Bâle . . . cette même voie . . . *retiendrait plus longtemps sur le territoire de S. M.* les marchandises expédiées de Gênes à Neuchâtel, Berne et Bâle et réciproquement qui passent maintenant par le lac Majeur, et attirerait dans notre Etat les marchandises expédiées de Plaisance et de Milan à Neuchâtel, Berne, Bâle, qui passent maintenant par le Gothard».

Cette route est donc gardée en réserve pour servir éventuellement d'arme contre le Gothard, et aussi pour lutter contre Marseille au bénéfice de Gênes, dont l'arrière-pays est piémontais, et si possible au bénéfice du port savoyard, Nice, que l'on rêve même de substituer à Gênes.

De toutes façons, les Sardes sont hostiles au *Simplon*. Ils le sont surtout depuis que le renversement des alliances en 1756 a enfermé le petit Etat du «portier des Alpes», entre la France d'une part, les possessions autrichiennes du Milanais d'autre part. C'est une des raisons de l'hostilité qu'ils témoignent au projet de *Choiseul* d'établir un débouché du système routier français sur le Léman à Versoix, première ébauche d'un Simplon français, en liaison avec le traité de 1769 qui établissait les relations postales directes entre la France et la Lombardie.

La politique révolutionnaire hérite d'abord des conceptions de *Choiseul* parce que la création en Lombardie d'une république

alliée de la France, la *Cisalpine*, ramène une situation analogue à celle de 1756. Le Simplon apparaît comme l'axe de cette politique franco-lombarde et anti-piémontaise. L'article IX du traité du commerce du 3 Ventôse an VI stipule: «Il sera établi des relais de poste aux chevaux et des bureaux de poste sur la route de Milan à Paris, laquelle route sera dirigée par le Valais, le pays de Vaud, et passant par Lausanne et le chemin usité avant la paix de 1748», la paix qui avait permis aux *Turinois*, comme dit M. Marcel Blanchard de «bloquer» le *Simplon*. La politique du Directoire vis-à-vis de l'*Helvétique*, comme l'a très bien démontré M. Guyot dans son remarquable ouvrage sur *le Directoire et la paix de l'Europe*, s'explique en très grande partie par ce souci de maintenir libres les communications Paris-Milan. De là ces projets, déjà esquissés en février 1798, de constituer en un Etat à part «la partie de la *Suisse* qui forme la lisière de la *France* et conduit à la *Cisalpine*». De là, en attendant, la concession, dans le traité d'alliance du 19 août, de l'usage perpétuel de la voie du *Simplon* comme de la *Via Mala*. L'annexion de Genève est une application du même système politico-économique. Lutter contre la route de l'Orient Trieste-Strasbourg par l'Europe centrale, ramener cette route plus au *sud* suivant une directive Milan-Genève-Lyon, telle est l'une des préoccupations du Directoire, fortement influencé dès lors par Bonaparte.

Ce sera, d'abord, le système de Bonaparte consul. Il ne se déprendra du *Simplon* que le jour où l'occupation prolongée, puis l'annexion du Piémont (1802) auront fait de la route *Chambéry-Turin* une route française. En dehors de sa supériorité technique (elle permettait de franchir l'obstacle montagneux en une seule fois), la route de la Maurienne était celle qui servait le mieux les intérêts de Lyon devenu, grâce à elle, le vestibule de l'Italie. Ce qui nous surprend davantage, et ce que M. Marcel Blanchard explique fort bien, c'est qu'à cette date le *Cenis* était plus favorable que le *Simplon* à la fortune de Genève. Outre que Genève est (aujourd'hui comme toujours) par rapport au *Simplon* dans une position excentrique, la Genève de cette époque jouait le rôle «de centre redistributeur des arrivages français» vers la Suisse (M. *Rappard* l'a supérieurement établi dans sa *Révolution industrielle*) et même vers l'Italie. «Genève, disent en 1800 les notables du Mont-Blanc, Genève, où se fait l'expédition de tout le commerce de la *Suisse* et de l'Allemagne pour l'Italie, . . . perdra ce moyen de prospérité. Les marchandises de la Suisse, de l'Allemagne et du Nord de la France éviteront Genève, tomberont, par Lausanne, Vevey et Aigle, à la cité

d'Aoste et à Domodossola... La route du *Simplon* assujettirait, sur un territoire étranger, les liaisons commerciales entre l'Italie et la France septentrionale à l'action d'un gouvernement voisin...» Ainsi Genève alors française et Lausanne préludaient à cette rivalité qui aboutit de nos jours à la lutte Frasne-Vallorbe contre Faucille.

Ce qui achève la décadence du Simplon, c'est l'évolution même du système continental. Le traité commercial franco-italien de 1808 établit, en apparence, le régime de la réciprocité entre l'Empire français (y compris ses annexes italiennes) et le Royaume d'Italie. En fait, il réduit ce dernier au rôle de vassal économique, fournisseur obligé de denrées et de matières, client obligé des seuls produits français. Il ferme, peut-on dire, l'Italie royale comme l'Italie française du côté de la Suisse. De 1806 à 1810 le trafic marchandises du Simplon perd les $^{9}/_{10}$ de son volume.

C'est l'heure du triomphe de Lyon, devenu le grand centre du roulage et de la commission. Mais pour Genève, l'évolution du régime douanier français «du protectionnisme à la prohibition, et cela non seulement vis à vis des Anglais, mais presque aussi rigoureusement vis à vis des neutres», entraînait des conséquences moins réjouissantes. «La fabrique suisse cessa de travailler pour la clientèle savoyarde et piémontaise; une des branches les plus actives de la commission genevoise se trouvait de la sorte tarie». M. M. Blanchard se rencontre sur ce point avec M. Chapuisat. Non seulement les Genevois regrettaient maintenant la route du Simplon. Mais, pour en faire une route genevoise, ils essayaient d'organiser avec les Grandvalliens une traversée du Jura qui aurait substitué aux routes partant de Lyon une route Paris-Genève-Milan. C'est déjà le tracé de la Faucille.

Les politiques français sont contre le *Simplon*, parce qu'il emprunte un territoire étranger. Bonaparte a bien fait du Valais, dès 1802, un territoire «indépendant», sous le triple condominium de la France, de l'Italie, de la *Confédération*. S'il s'était réservé le grand travail de la construction de la route au delà de Brigue, c'est à l'Etat valaisan que revenait le soin de raccorder cette route à celle que les ingénieurs français construisaient au sud du Léman, de Genève à St. Gingolph, amorce d'un Simplon non suisse. Mais les montagnards, habitués à vivre des bénéfices du portage, ne voyaient pas la construction de cette route d'un meilleur oeil que les Touareg ne considéraient, au temps de la mission Flatters, les projets de *Transsaharien*.

Les douaniers n'aimaient pas le *Simplon* parce qu'il passait en bordure d'un pays neutre, ce qui rendait la contrebande très difficile à surveiller. Le traité franco-italien, en disant que les

articles y mentionnés «ne peuvent entrer en Italie que par les bureaux des douanes italiennes situés sur les frontières de la France», assurait la décadence du *Simplon*. Aussi le Conseil général du Léman protestait-il contre une politique qui «rendait inutile pour le commerce cette superbe route, chef d'oeuvre du génie et de l'art». On essayait de flatter le maître en baptisant cette route «la Voie napoléonienne». L'argument n'avait pas de prise sur les douaniers.

Mais elle allait être sauvée par un nouveau développement du système continental. Pourquoi, en novembre 1810, Napoléon se décide-t-il à annexer le couloir valaisan? «La route du *Simplon*, écrit-il, me coûte 15 millions. Je ne peux pas sacrifier l'intérêt de l'Italie et de la France pour cette chétive population...»

Mais pourquoi le *Simplon* apparaît-il maintenant, à côté du *Cenis*, comme essentiel à «la rapidité des communications de la France avec l'Italie»? C'est que la saisie définitive par l'Angleterre de la maîtrise des mers a contraint Napoléon à chercher les routes de l'Orient par terre. Il est en particulier une matière dont ses usines ont besoin depuis que le continent doit se passer de produits anglais, une matière qui ne peut plus venir d'Amérique, mais que le Levant peut fournir, à savoir le coton. C'est en fonction du coton que va désormais être organisé le système des routes alpines. Suivant une très jolie formule de M. Blanchard, ce sont les cotons qui ont «*réveillé*» le Simplon, en même temps qu'ils ont valu au *Cenis* une activité intense.

Depuis l'occupation de l'*Illyrie*, le *Simplon* est devenu la route des Balkans et du Levant. Dès mai 1808, de Bayonne, l'Empereur fait écrire à son directeur général des Ponts et Chaussées: «Depuis l'interruption du commerce maritime, nos expéditionnaires se sont habituellement servis de la route de Vienne; mais celle d'Italie et de Dalmatie abrégerait et faciliterait nos communications avec une partie des Echelles de Turquie et du Levant» de façon «à ouvrir de proche en proche une nouvelle route *avec Salonique*...» Quand le *Valais* fut devenu français, les douaniers se trouvèrent d'accord avec les défenseurs de l'intérêt économique: le moyen d'éviter les fraudes, disent-ils en mai 1811, «serait principalement une ligne de douanes françaises qui, partant de la frontière du *Valais*, occuperait le Tessin, le revers des sources du Rhin dans les Grisons, la Valteline sur une longueur[1]) convenable, et donnerait, dans le district tyrolien de Lientz, la main à notre ligne de douanes illyriennes. Ainsi, *depuis Genève jusqu'à l'embouchure du Cattaro*, l'Italie serait enveloppée

[1]) M. M. Blanchard donne «ligne». Je crois à une mauvaise lecture.

par notre chaîne douanière et défendue contre les introductions frauduleuses».

C'est ainsi que la route des cotons est ramenée de Strasbourg sur Milan, d'où elle bifurque à la fois vers le Simplon et le Cenis. «Le décret de V. M. du 1er mai (1812) qui accorde à la ville de Milan un entrepôt pour les cotons du Levant, écrit Eugène, a été reçu avec la plus vive reconnaissance». La Chambre de commerce veut élever un monument commémoratif de cet évènement. Et le *Journal de l'Empire* du 6 avril publie le prospectus suivant:

«L'entreprise générale des Messageries impériales, rue Notre-Dame-des-Victoires, vient d'organiser définitivement le service de Paris à Milan, passant par Genève et le Simplon, lequel aura lieu tous les deux jours de Paris comme de Milan. On arrivera le dixième jour de bonne heure à Milan. Les correspondants de l'administration, MM. Pasteur frères, de Genève, dont les voitures parcourent la distance de Genève à Milan, ont pris toutes les mesures nécessaires pour assurer de bons gîtes aux voyageurs et pour mettre plus de célérité dans la marche qui donne près de vingt lieues de moins à parcourir que par le Cenis».

N'est-ce pas déjà le ton d'une annonce de nos compagnies de chemins de fer? A la concurrence des routes d'ajoute d'ailleurs la concurrence des villes. Quoique les entreprises de roulage lyonnaises aient ajouté à leur route Lyon-Turin une route Lyon-Milan par Genève pour utiliser le *Simplon*, les Parisiens cherchent, par l'organisation du service direct Paris-Milan, à «arracher le passage des voyageurs et des marchandises au Mont-Cenis au profit du Valais et du Simplon». Déjà, pour servir les intérêts de Paris, on avait imaginé une variante de la route du Cenis, le raccourci par le Bugey. •

Bonaparte, en tombant, laissera à la *Suisse* ce merveilleux instrument économique, le *Simplon*. Les Valaisans goûtèrent d'abord très peu le cadeau, et tentèrent de détruire la route, pour essayer de rétablir le portage. Heureusement cette régression vers un passé demi-barbare ne fut pas réalisée, et la future route de Salonique resta ouverte, prête à recevoir le rail.

En effet — c'est un des enseignements généraux qui sortent du livre de M. Marcel Blanchard — les chemins de fer n'ont pas fait leur apparition, subitement, dans un monde où la circulation aurait été à organiser de toutes pièces. Si l'invention nouvelle eut un succès rapide, c'est qu'elle avait été préparée par le travail de construction du réseau routier et par le développement des entreprises de roulage. En donnant au commerce

des conditions de régularité et de rapidité qu'il n'avait jamais connues, on lui a fait comprendre quel avantage économique représenterait une circulation encore plus régulière et encore plus rapide.

Les voies ferrées se sont, comme disent les géographes, *superimposées* aux routes. Toutes les solutions que les chemins de fer voudront réaliser, les ingénieurs et les transporteurs de l'époque impériale les ont essayées. Ils ont évalué à sa juste valeur l'obstacle alpin. Ils ont compris que le massif montagneux, interposé entre deux régions vivantes, devait devenir un système de chemins. Bonaparte avait trouvé les Alpes traversées par des chemins muletiers, restés les mêmes depuis les guerres d'Italie. Il les a laissées munies de trois routes carrossables. Il a eu le sentiment du rôle réservé aux Alpes, et notamment à la Suisse, dans la circulation internationale. Voilà ce que nous enseigne M. Marcel Blanchard.

Henri Hauser.

La Restauration genevoise du traité de St. Julien à la Restauration, 1603—1816. Texte d'Alex. Guillot, illustrations d'Ed. Elzingre. Genève, Atar, 1919, in —4°, 77 p.

Destiné au grand public, cet ouvrage ne prétend rien apporter de nouveau à l'historien. Sous un titre mal rédigé, l'auteur esquisse un tableau en raccourci de l'histoire genevoise pendant deux siècles. Son récit est consciencieux et exact, mais se ressent de la limitation qui lui a été sans doute imposée au profit de l'illustration; il est incomplet et pas très bien équilibré. Pourquoi, par exemple, s'étendre sur les événements politiques du commencement et de la fin du XVIIIme siècle, et ne rien dire de ceux qui se passèrent entre 1738 et 1789? „L'affaire J. J. Rousseau" et les troubles de 1782, entre autres, sont complètement passés sous silence.

Agréablement écrit, le texte est celui d'un bon ouvrage de vulgarisation; il est regrettable que la lecture en soit rendue difficile par l'absence totale d'alinéas. Les abondantes compositions de M. Elzingre, vives de couleurs, dont il est orné, ne sont pas sans mérite, une fois admis ce genre d'illustration, qui ne pourrait convenir à un ouvrage d'érudition.

Ce n'est pas la première tentative qu'a faite la maison Atar de rendre l'histoire attrayante par une présentation soignée.

F. G.

OTTO KARMIN. Le transfert de Chambéry à Fribourg de l'évêché de Genève (1815—1819). Un vol. in 8, 280 p., extrait du tome 44 du *Bulletin de l'Institut national genevois*. Genève, Imprimerie centrale, 1920.

Le congrès de Vienne avait mis la ville de Genève dans une situation fort délicate. Il lui voulait du bien, et sachant qu'elle ne pouvait vivre sans une banlieue suffisante, d'où elle tirerait les blés et les produits maraîchers, il prépara en sa faveur l'annexion de territoires détachés de la Sardaigne, de la Savoie. Mais les populations de ces territoires étaient catholiques et leur nombre menaçait Genève dans l'intégrité de sa vie calviniste. Pour parer à ce danger, les *Lois Eventuelles*, annexées à la *Constitution genevoise* du 24 août 1814, tout en garantissant le libre exercice du culte catholique, avaient réduit la participation des futures Genevois aux affaires publiques, dans des propositions inférieures au chiffre de leur population. A leur tour les catholiques des communes réunies craignirent d'être protestantisés et voulurent conserver leurs attaches savoyardes, et le curé de Genève M. Vuarin, qui avait les mêmes craintes qu'eux, les y encouragea. De là une résistance, tantôt ouverte et tantôt passive, que le gouvernement genevois voulut briser, en soustrayant les catholiques genevois à la juridiction de l'archevêque de Chambéry, évêque nominal de Genève, pour les placer sous celle d'un évêque suisse, l'évêque de Lausanne, lequel, séparé d'eux par le canton protestant de Vaud, ne pouvait inquiéter les calvinistes de Genève. C'est le récit de ces efforts que M. Karmin vient d'exposer. Le gouvernement genevois avait contre lui ses nouveaux ressortissants et M. Vuarin, ainsi que tout naturellement le gouvernement sarde et l'archevêque de Chambéry. L'évêque de Lausanne était indifférent, et ne marquait aucun enthousiasme pour la solution préconisée. Mais Genève avait pour elle le ministre de Prusse à Rome, l'historien de Niebuhr, qui était très bien vu du cardinal Consalvi, secrétaire d'Etat du Saint-Siège. M. de Niebuhr réussit après quatre ans de négociations laborieuses, dont M. Karmin fournit le détail. Son récit comprend une dizaine de pages résumant les différentes phases de l'affaire et le reste du volume est tout entier consacré aux documents y relatifs tirés de différentes archives suisses. C'est un travail très clair et très utile, qu'il sera bon de compléter un jour par les documents qui pourront encore être extraits des archives de Turin et de Rome.

Ajoutons que cette affaire nous intéresse à un autre point de vue encore. Le côté religieux de la question n'était pas le seul qui préoccupait le gouvernement genevois. Il y avait aussi

un côté politique important. Si les catholiques genevois étaient demeurés rattachés à la Savoie, il en serait résulté la menace constante d'une intervention du roi de Sardaigne — l'ennemi héréditaire — dans les affaires de Genève, et par là même dans les affaires suisses. C'est pourquoi le Directoire fédéral appuya les efforts du gouvernement de Genève. Le rattachement des catholiques genevois à l'évêché de Lausanne devait écarter la menace savoyarde et les orienter eux-mêmes vers la Suisse. Ces prévisions étaient fondées, et la suite des événements leur a donné raison. L'exposé de cette face de la question augmente encore l'intérêt du livre de M. Karmin.

Lausanne. Maxime Reymond.

OTTO KARMIN. Sir Francis D'Ivernois, 1757—1842, Sa vie, son oeuvre et son temps. XIII — 730 p. Genève, 1920, in 8.

Ce n'est pas sans tristesse que l'on ouvre ce beau volume, fruit de longues recherches et témoignage d'un labeur écrasant. Son auteur, enlevé par une courte maladie lorsque l'impression en était à peine commencée, n'a pas pu en surveiller lui-même l'achèvement et l'on ne saurait trop remercier MM. Paul Martin et Charles Roch, archiviste et sous-archiviste de l'Etat de Genève, d'avoir bien voulu le remplacer dans la tâche que sa mort avait si malheureusement interrompue.

J'ai déjà parlé ici même, dans le No. 3 et 4 de l'Anzeiger de 1920, de la notice consacrée par M. Chapuisat à Clavière, l'un des Représentants bannis de Genève après la révolution de 1782. C'est un autre de ces Genevois déracinés qu'Otto Karmin présente au public avec une abondance de détails et un luxe de documentation véritablement admirables. La carrière de François d'Ivernois, se divise en trois périodes bien distinctes. Dans la première, déjà coupée par plusieurs années d'exil et qui se termine à la révolution de 1792 ou pour mieux dire quelques mois plus tard, on a à faire seulement au patriote genevois. Pendant la seconde qui se déroule tout entière à l'étranger, en Angleterre, en Russie, en Allemagne, le point de vue s'agrandit considérablement. D'Ivernois, chassé une seconde fois de sa patrie par les événements, s'engage à fond dans la lutte menée par l'Europe contre la France révolutionnaire et impériale. A vrai dire, c'est encore son patriotisme local qui donne la clef de son orientation politique durant toute cette période. D'Ivernois hait la France qui a précipité sa ville natale par son contact et son exemple dans une révolution qu'il deteste, puis l'a absorbée pour en faire le chef-lieu d'un de ses départements. Aussi, dès que Genève

redevient libre, se hâte-t-il d'accourir (février 1814) pour se vouer de nouveau uniquement à son service et lui consacrer le reste de ses talents et de ses forces. C'est la troisième période qui se termine à sa mort en 1842.

M. Karmin n'a pas traité ces trois périodes avec la même ampleur. Il s'étend assez longuement sur la première et l'on apprend avec lui à connaître dans le plus petit détail le Représentant militant, adversaire fougueux de l'aristocratie, puis le banni, enfin, après le retour de D'Ivernois à Genève en 1790, l'Englué qui, par amour pour les formes traditionnelles de la Constitution genevoise, lia partie avec ses ennemis de la veille et devint peu à peu un conservateur convaincu. Les chapitres intéressants pour nous, Suisses, abondent dans cette première partie. On lira en particulier avec le plus grand fruit ceux qui ont trait à la création d'une nouvelle Genève en Irlande, après la révolution de 1782, et aux tractations avec Montesquiou au moment de la conquête de la Savoie par les armées françaises.

Le D'Ivernois genevois de la troisième partie est moins favorisé. M. Karmin consacre encore plusieurs chapitres à la restauration de la République et au congrès de Vienne où d'Ivernois trouve une dernière occasion d'utiliser des talents diplomatiques distingués, mais les vingt-six ou vingt-sept dernières années sont réunies dans une trentaine de pages vraiment trop écourtées. On ne peut cependant pas en faire un reproche à l'auteur. Il avait le droit de limiter son sujet comme il l'entendait. Le ménage intérieur de la petite Genève pendant la Restauration le laisse indifférent et il le néglige. Ce qui l'intéresse dans d'Ivernois, avec les années d'apprentissage où il s'est formé, c'est l'homme qui a été mêlé pendant près d'un quart de siècle aux affaires générales de l'Europe, c'est l'écrivain et le polémiste qui a mis sa plume au service du cabinet britannique et qui a pris rang du premier bond parmi les adversaires les plus acharnés de la révolution sous toutes ses formes et du régime napoléonien. D'Ivernois, en effet, fixé à Londres dès la fin de 1793 ou au commencement de 1794, à fait en Angleterre, où il avait déjà noué des relations politiques pendant son premier exil, une carrière inattendue et bien curieuse à étudier, à divers points de vue. Déjà naturalisé anglais ou plutôt irlandais en 1783, pendant son premier séjour, pensionné en 1787 et de nouveau en 1800, anobli par Georges III en 1796, il devint très vite une sorte de conseiller officieux pour plusieurs ministres. Il publia coup sur coup, pour soutenir la politique anglaise de nombreux écrits qui eurent à l'époque passablement de retentissement et que M. Karmin analyse et discute minutieusement, fut chargé à plusieurs reprises

de missions délicates et enfin fut envoyé en 1812 en Russie, où il travailla à la demande d'Alexandre I à des plans pour la réorganisation des finances de l'Empire. D'Ivernois, en effet, était devenu dans ce genre de questions une sorte de spécialiste et on a de lui, en particulier, sur les finances anglaises, et surtout sur les françaises, tout un groupe d'écrits encore bons à consulter aujourd'hui. On y trouve, en outre des renseignements statistiques, beaucoup d'idées, souvent très justes, mais dont l'auteur tire parfois des conséquences excessives. C'est là, en effet, la caractéristique de D'Ivernois et ses limites: une intelligence singulièrement vive, qui le rendait propre à toutes espèces d'emplois, mais qui ne tenait pas toujours assez compte des conditions réelles des choses. On comprend maintenant pourquoi plusieurs de ses entreprises, qui paraissaient pleines de promesses au début, aboutirent à un fiasco complet dès que l'heure des réalisations fut arrivée. La création de la nouvelle Genève, par exemple, dont j'ai déjà parlé, ou encore le projet de transporter en Amérique l'Académie de Calvin après la révolution de 1794. Allons plus loin: cela explique comment avec des talents hors de pair et une activité inlassable, D'Ivernois n'a jamais joué les tout premiers rôles, ni atteint la grande notoriété.

Pour établir son travail sur des bases solides, M. Karmin a eu recours d'abord aux papiers mêmes de d'Ivernois, conservés à la Bibliothèque de Genève et qu'il a dépouillés méthodiquement. Il a complété son information par une lecture immense et par les recherches les plus consciencieuses dans tous les dépôts d'archives, où il pouvait espérer trouver des matériaux utiles, notamment au Britisch Museum à Londres et au Ministère des Affaires Etrangères à Paris. Appuyé sur cette documentation copieuse, il a pu livrer au public un ouvrage bien lié dans toutes ses parties, sans lacunes graves et nourri à toutes les pages de citations abondantes et bien choisies. La seule objection qu'on puisse raisonnablement faire à ce beau livre est d'un genre un peu spécial. Otto Karmin, par toute son orientation politique et par l'ensemble de ses idées sociales est à l'opposite de d'Ivernois. Il ne sympathise pas avec son héros, ce qui est une condition fâcheuse pour un biographe. Bien qu'il se soit efforcé de conserver a son oeuvre un caractère objectif, elle se ressent un peu de ce manque d'idées communes. Karmin avait des opinions trop accusées et un caractère trop combattif pour que sa mentalité ne marquât pas son empreinte sur tout ce qu'il écrivait. Dans sa biographie de d'Ivernois, il serre les faits au plus près, on peut sur ce point lui faire, je crois, entièrement confiance, mais il lui arrive de répandre sur eux une teinte un peu particulière.

Quant aux appréciations, ce sont naturellement celles d'un adversaire. Il y a là des conditions dont le lecteur fera bien de se souvenir pour en tenir compte à l'occasion. Il devra également rectifier quelques légères erreurs échappées à une plume hâtive et qui sont en général assez faciles à corriger. M. Karmin dit, par exemple, à la page 256, qu'après l'insurection des Clubs, Genève tomba dans un calme plat et que „le régime constitutionnel de 1793 rentra en vigueur." Il faut lire 1794. La constitution a été votée, en effet, le 5 février de cette année là seulement. En 1793, on était encore en plein régime provisoire. A noter aussi quelques coquilles purement typographiques, 1789, par exemple, au lieu de 1787, à la page 167, pour la date de la première pension. Vérifier par le contexte et cf. là page 326. Malgré ces réserves, le volume de M. Karmin demeure une oeuvre capitale et qui rendra les plus grands services. D'Ivernois a touché à un si grand nombre de choses, il a été en relation personnellement ou par correspondance avec tant de gens, que sa biographie devient un répertoire inépuisable de faits et de noms. Tous ceux qui s'occuperont de l'histoire genevoise pendant le dernier quart du XVIIIme siècle ou de l'histoire générale de l'Europe de 1789 à 1815 auront avantage à la consulter et y trouveront à des degrés divers des renseignements précieux et des vues intéressantes.

Genève. E. L. Burnet.

HANS SPRENG. Ulrich Ochsenbein, 1811—1848. Bern 1918, Verlag von Dr. Gustav Grunau, 196 S.

Die Männer, die die neue Eidgenossenschaft anno 1848 aus der Taufe gehoben haben, erhalten einer nach dem anderen ihren Biographen: nachdem Isler seinen Landsmann Jonas Furrer ausführlich gewürdigt hat, liegt jetzt auch Gagliardis Escherbiographie in einem stattlichen Band abgeschlossen vor. Im vorliegenden Werk wird der populäre Freischarengeneral und Tagsatzungspräsident Ochsenbein in seiner Tätigkeit bis zum Zusammentritt der neuen Bundesbehörden dargestellt. Es ist eine schlichte, klare, zuverlässige Arbeit, die das Bild des Mannes und der bedeutungsvollen Entwicklung, in deren Mittelpunkt er eine Zeit lang stand, deutlich erkennen läßt und durch viele Einzelzüge vervollständigt. Der Verfasser schöpfte aus dem handschriftlichen Nachlaß Ochsenbeins und seines Freundes, Regierungsrat Schneider, zog aber auch die Archive der Gemeinde Nidau, des Kantons Bern und des Bundes, sofern sie von Ochsenbeins Tätigkeit handeln, fleißig zu Rate; endlich hat er die reichhaltige gedruckte Literatur aus jenen Tagen und über sie benutzt. Das Gesamtbild der Per-

sönlichkeit Ochsenbeins und der Rolle, die er in den 40er Jahren in Kanton und Eidgenossenschaft gespielt hat, erfährt, so viel ich sehe, durch Sprengs Darstellung keine wesentliche Veränderung; auch der Gang der Ereignisse ist z. B. in Dierauers Darstellung, die hie und da von Spreng angeführt wird, schon so bestimmt umrissen, daß es schwer ist, da etwas Neues zu bringen. Wohl aber erhalten wir von Ochsenbeins eigener Entwicklung und Stellungnahme nun ein überzeugendes, recht unparteiisches Bild, das auch seine Schwächen und Fehler nicht nur erwähnt, sondern sie ehrlich betont und dadurch sein Gesamtverhalten, auch wo es widerspruchsvoll ist, verständlich macht.

O. ist wie Jakob Stämpfli (der nun in Th. Weiß auch endlich seinen Biographen gefunden hat) einer jener Berner vom Lande, die, meist Bauernsöhne, als Juristen rasch ihre Laufbahn im politischen Leben des Heimatkantons machten, dort in den 40er Jahren eine radikale Regierung bildeten und bald auch in der eidgenössischen Politik mit dem ganzen Nachdruck ihres Temperaments und ihrer Begabung für eine Neugestaltung der Dinge eintraten, sei es mit gesetzlichen, sei es mit gewalttätigen Mitteln. Aber während Stämpfli bis in die 80er Jahre ein bedeutender Staats- und Finanzmann blieb, spielte Ochsenbein eigentlich nur in den 40er Jahren eine führende Rolle. Schon 1854 wurde er im Bundesrat und bald auch in der Berner Regierung von seinem Nebenbuhler und persönlichen Gegner Stämpfli verdrängt und trat dann ganz ins Privatdasein zurück, indem er noch über 40 Jahre in seinem Heimatstädtchen lebte. Das mag ein Grund gewesen sein, warum Spreng seine Darstellung schon mit 1848 abschließt; aber es berührt doch eigentümlich, wenn die Entwicklung so plötzlich abbricht. Jedenfalls bleibt uns der Verfasser die weitere Biographie seines widerspruchsvollen Helden schuldig; er hätte sie wohl in einem zusammenfassenden Schlußkapitel darstellen können, da sie kaum einen neuen Band ausmachen wird. Immerhin ist sehr zu wünschen, daß wir bald den Abschluß der Arbeit erhalten, der erst ein endgültiges Urteil über den Mann erlauben wird.

Nach der von Spreng in anziehender Weise dargestellten ersten Hälfte seines Lebens erscheint Ochsenbein als eine rechte Draufgängernatur, als ein Mann, der mit sanguinischem Eifer seinen radikalen Überzeugungen nachlebt, schön von Gestalt, gewandt und liebenswürdig im Auftreten, oft hinreißend in der Rede, ein Liebling des Bernervolkes, soweit es seinen freisinnigen Ansichten huldigt. Er ist sehr ehrgeizig, nimmt Opposition leicht als persönliche Beleidigung auf, läßt sich mehrmals in Ehrenhändel ein, wird rasch verstimmt und ist dann gleich bereit,

seine Hand vom Pfluge zurückzuziehen. Allein seine unverkennbare Begabung für das politische Leben und ein aufrichtiger Patriotismus rufen ihn jeweilen rasch wieder an die Arbeit und er erlebt schöne Triumphe neben kränkenden Verletzungen seines Ehrgeizes. In gefahrvollen Lagen entwickelt er den größten Eifer und zeigt bewundernswerten Mut; ganz besonders zeugt in der Sonderbundszeit sein Auftreten als Tagsatzungspräsident gegenüber den Forderungen Frankreichs von einer schönen Unabhängigkeit, die man wohl als vorbildlich betrachten darf; auch an feiner Überlegenheit fehlt es ihm in solchen gefährlichen Augenblicken nicht. Während seine Führung des 2. Freischarenzuges auch in Sprengs Darstellung ganz kläglich erscheint, gewinnt er unsere Sympathie als Oberst im Sonderbundskrieg, indem er durch seinen persönlichen Einfluß die Milizen vor einem Racheakt in Malters zurückzuhalten weiß. Dies trägt ihm sogar die Anerkennung Dufours ein, mit dem er zuerst auf gespanntem Fuße stand.

So steht ein lebensvoller Aufriß vor uns und wir warten gespannt auf den Abschluß, der das Bild erst vervollständigen kann.

Frauenfeld. Th. Greyerz.

FR. KÖNIG. Land und Leute des Moosseetales. Ein Beitrag zur Heimatkunde im Rahmen der Geschichte des Bernerlandes und des Bernervolkes. Verlag der Flurgenossenschaft des Münchenbuchseemooses 1920. 207 S.

Wir haben in dieser Schrift einen neuen Beweis vom erfreulichen Fortgang der heimatkundlichen Forschung im Kanton Bern. Bald sind es Gesellschaften, bald Lehrerkreise, die diese Arbeit bezirksweise vornehmen und durchführen. Hier ist es ein Einzelner, der die Hand ans Werk gelegt hat. Dr. Friedrich König, Arzt in Schönbühl bei Bern, unternimmt es, seinen engern Landsleuten die Vergangenheit ihrer Heimat zu schildern. Einer Familie entstammend, die seit Jahrhunderten in der Gegend angesessen ist, durch jahrzehntelange Berufstätigkeit mit der Gegend verwachsen, von je geschichtlichen Studien zugetan, war er wohl berufen, eine einzigartige Kenntnis von Land und Leuten in solcher Weise zu betätigen. Seine Arbeit wird auch von der glücklichen Fügung getragen, daß kaum auf eine bernische Landschaft ein so starkes geschichtliches Licht fällt, wie auf das Moosseetal. Das uralte Johanniterhaus zu Münchenbuchsee mit seiner nachhaltigen und wechselreichen Geschichte, J. R. Tschiffeli, durch den die Ökonomische Gesellschaft des Kantons Bern ihren Mutterboden im Moosseetal erhielt, der 5. März 1798, Pestalozzi, Fellenberg, das kantonale Lehrerseminar, die landwirtschaftliche

Schule Rütti, diese Namen und Gründungen haben der Gegend den Reiz eines ungemeinen Geschehens hinterlassen.

Die Arbeit umfaßt den erdenklichen geschichtlichen Zeitraum von der Landschaftsbildung im Tertiär bis zur politischen Neugestaltung des Bernervolkes im Jahre 1919. Der Verfasser spricht in vertrautem Ton zu seinen Leuten und zieht zu umfassender Belehrung die ganze bernische Geschichte in seine Heimatkunde. Wie man oft an Volksschriften das eigentümliche Bestreben bemerkt, die moderne, auf allgemeiner Gleichheit beruhende Demokratie um Jahrhunderte zurückzudatieren, ja ihren Geburtsschein in den Bundesbrief von 1291 einzurücken, während er doch im Contrat social steht, so geht auch der Verfasser von der Ansicht aus, daß das Landvolk ursprünglich eine Freiheit genoß, die es an die Patrizier verlor. Wir sind der Ansicht, daß das Land von je der Stadt mit mannigfach abgestuften Rechten untertan war. Allerdings bemerkt der Verfasser richtig, daß das Verhältnis zwischen Stadt und Land früher herzlicher und enger war als im 17. Jahrhundert, wo das gute Einvernehmen einem frostigen Ton von oben herab wich. Aber dieser war nicht die Folge einer Rechtsberaubung, sondern einer günstigen Lage, die den Zwang zur Wehrhaftigkeit, das Zusammenhalten nach außen überflüssig machte und die Stadt nicht mehr auf das Land anwies. Gewiß änderte sich der Geist, aber die staatsrechtlichen Grundlagen wurden nicht verschoben.

In den Verhältnissen seiner engern Heimat ergeht sich der Verfasser mit Glück und Sicherheit. Er schüttet die Fülle von wirtschafts- und sittengeschichtlichen Nachrichten aus mehreren Jahrhunderten aus, die wir dankbar empfangen. Wir bekommen auch die bernische Rechtsgeschichte, auf deren Neubearbeitung wir immer noch warten, an ein paar Enden zu fassen. Mehr als das: der Verfasser verrät eine Geheimkunde vom Erleben und Erleiden seines Volkes, die aus Schriften allein nie gewonnen wird. Darum vermag er verborgene Gelasse zu öffnen, wohlverwahrte Fenster aufzustoßen. Man fühlt den gleichmäßigen Pulsschlag bernischen Landlebens durch die Jahrhunderte; man ahnt, was den Staat und das Volk von Bern ausmacht.

Bern. R. Feller.